

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Redaktion
nach der Annahme des Postamtbeschlusses
an. - Erscheint wöchentlich.
Jahrespreis: 7 Mark 25 Pf.

Abbestellungen für den Jahrespreis
Postkonto für den Jahrespreis von 7 Mark
Kontokorrent für den Jahrespreis von 7 Mark
Kontokorrent für den Jahrespreis von 7 Mark
Kontokorrent für den Jahrespreis von 7 Mark

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgeschäftsamt. Postamt-Konto: Amt Leipzig Nr. 1018

Nr. 75

Freitag, den 28. März 1924

19. Jahrgang

Die Industrietagung in Berlin.

Die gemeinsame Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, zu der sich neben den bekanntesten Führern der Industrie und Wirtschaft die Mehrzahl der Reichsminister unter Führung des Reichskanzlers sowie des preussischen Ministers, der Chef der Heeresleitung u. a. auch die Führer der bürgerlichen Parteien beider Parlamente eingefunden hatten, wurde am Donnerstag mit einer Begrüßungsrede des Vorsitzenden Dr. Grosse eröffnet. Nach diesen einleitenden Worten Dr. Grosse ergriff der

Reichskanzler Brüning

das Wort zu ausführlichen Darlegungen, die teilweise hochpolitischen Inhalts waren. Der Kanzler führte u. a. aus: Das Kernproblem der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist die Aufrechterhaltung unserer Währung. Sie bildet den Ausgangspunkt eines jeden wirtschaftlichen Wiederaufbaues, mit ihr steht und fällt unsere Zukunft. Sie alle wissen, welche harten Maßnahmen erforderlich waren, um den Damm gegen die Vernichtung unserer nationalen Existenz aufzurichten. Niemand ist sich mehr bewußt als die Mitglieder des gegenwärtigen Kabinetts, daß es sich hier um einen in aller Eile erstrebten Notbau handelt, der nicht allen Anforderungen entspricht. Jetzt aber, wie von mancher Seite gefordert wird, an diesem Werke wesentliche Veränderungen vorzunehmen zu wollen, das wäre nationaler Selbstmord. Man hat oft im Auslandes die Meinung verbreitet, die deutsche Regierung und die deutsche Industrie habe den Zusammenbruch der Währung absichtlich herbeigeführt. Wer heute, nachdem der Rebellschleier der Inflation zerrissen ist, die Lage unserer Wirtschaft prüft, der weiß, was der Währungsverfall beiden Seiten gestiftet hat, und der kann nicht im mindesten darüber im Zweifel sein, daß kein vernünftiger Mensch in Deutschland jemals daran gedacht haben kann, absichtlich zu solch wahrnsinniger Methode der Selbstentleerung zu greifen. Wir haben noch einen langen und beschwerlichen Weg zu gehen. Kaum einige Wochen trennen uns noch von jenen entscheidenden Tagen, an denen der Westen des Reiches der neue Ungewißheit und neue Unruhe gestellt sein wird. Mit schwerem Herzen, aber voll Stolz denken wir unserer Brüder an Rhein und Ruhr. (Bravo!) Die Fragen, die dort der Lösung harren, und die mit ihnen verbundene Frage der Reparationen, müssen endlich einmal im Einklang mit den Forderungen der Vernunft und Gerechtigkeit entschieden werden. Das deutsche Volk ist, wie immer festher, gewillt, die sich aus dem verlorenen Krieg ergebenden Folgen bis zur Grenze des Erträglichsten auf sich zu nehmen. Ich kann es verstehen, wenn das innere Gefühl manches deutschen Mannes sich aufschauern möchte in dem Gedanken, daß diese Lasten ihren Ursprung nehmen aus einer Sünde, aus der Sünde von der alleinigen Schuld Deutschlands.

Einen Ausweg aus dem Dilemma können wir nur finden durch einen Appell an die wirtschaftliche Vernunft der Welt, der sich auswirkt in mühseligen schwierigen Verhandlungen über die Reparationen. Von diesem Gedanken getragen hat die Reichsregierung die Arbeit der beiden zurzeit noch in Paris tagenden Sachverständigenausschüsse durch Bereitstellung von Material und Entsendung von Zukunftspersonen zu fördern gesucht. Wir stehen den kommenden Sachverständigenuntersuchen in voller Freiheit der Entschließung gegenüber. Diese schweren Belastungen, die unserem Volke auferlegt sind, haben in Verbindung mit außerordentlichen Demütigungen in weltlichen Schichten eine menschlich begreifliche Anliege und Mißstimmung erzeugt. Verbrecherisch aber ist es, diese verweisliche Stimmung zu missbrauchen zur gewaltsamen Durchsetzung von Ideen, die, weil lediglich aus Illusionen geboren, an unserem Schicksal nichts Besseres können.

Das Schlußwort der Angeklagten im Hitlerprozeß.

Oberstaatsanwalt Reibel

nimmt dann als erster der Angeklagten, die ja ursprünglich mit Ausnahme von Hitler gar nicht hatten reden wollen, das Wort: Wenn die Staatsanwaltschaft nach jeder geheimen Sitzung behauptet, der Marsch nach Berlin sei nicht geplant gewesen, so ist das nur eine Geste. Ich erkläre am Prozeßende feierlich: Der Marsch nach Berlin war vorbereitet. Für das, was ich am 8. und 9. November angearbeitet habe, übernehme ich jede Verantwortung und bitte den Herrn Staatsanwalt, daß die Haftbefehle gegen meine Freunde aufgehoben werden. Was ich getan, halte ich für richtig. Unsere Tat ist gescheitert an der Lüge und dem Wortbruch dreier schweigernden Gefallen. - Wort: Diesen Ausdruck rügte ich.

Oberlandesgerichtsrat Pöhner.

erklärt: Der Staatsanwalt hat mein Verhalten in besonderem Maße belastet, weil ich als hoher Richter meine Treupflicht verlegt hätte. Das weise ich entschieden zurück. Was war denn das für ein Staat, der im November 1918 geschaffen wurde? Dieser Volksbetrug ist von Juden, Desertören und bezahlten Landesverrätern verübt worden. Diese Regierung ist keine von Gott gewollte Obrigkeit im christlichen Sinne, sondern es sind Gewalttäter, wie die Franzosen am Rhein. Ewigliche Macht haben diese rassenfremden Gesellen. Der sogenannte Reichspräsident ist nicht vom Volk gewählt, sondern von einem Klüngel auf den Thron gesetzt. Er hat Hochverrat getrieben, wie ein Verfallener bewiesen hat. Des weiteren schimpfte Pöhner noch eine Welle auf die neue Obrigkeit und ihre Institutionen.

Ludendorff

gibt folgende Erklärung ab: Mein Verhalten in jenen tragischen Tagen liegt gradlinig und offen vor Ihnen. Das, was meine Freunde getan haben, kann kein Hochverrat sein. Wie es auch immer sein mag, ich bin stolz, das Schicksal dieser Männer hier teilen zu können. Kraft meines Rechtes als Angeklagter möchte ich einige Worte aus dem Herzen zu Ihnen sprechen, aus dem Herzen eines Mannes, der mehr erlebt hat, als Sie alle hier im Saal. Man sieht in mir Tannenberg, man sieht in mir andere große Schlachten; man erblickt in mir den Vertreter des alten Heeres, an das sich ewiger Ruhm bindet. Was Sie aber nicht sehen, ist meine Lebensarbeit. Ich habe mich bemüht um die Zukunft des deutschen Volkes.

Vor zwanzig Jahren kam ich in den großen Generalstab in Berlin und hatte Aufmarschpläne zu bearbeiten. Schon damals erkannte ich, daß wir nicht stark genug waren für einen großen Krieg an mehreren Fronten. Am 21. März 1904 begann mein Ringen für mein deutsches Volk. 1912 kam die große Wehrvorlage, die für unser Schicksal entscheidend geworden ist. Uns fehlten drei Armeekorps. Meine Warnungen damals, daß wir den Kampf an mehreren Fronten ohne diese Kräfte nicht aufnehmen konnten, drang nicht durch. Man war an maßgebenden Stellen in wirtschaftlichen Erwägungen zu sehr befangen. Ich wurde aus dem Generalstab verlegt. Mein kommandierender General erhielt einen Kurierbrief, er sollte mir Disziplin beibringen, - deshalb, weil ich nur für mein Vaterland kämpfte.

Die verantwortlichen Stellen sind sich damals ihrer Pflicht gegenüber Deutschland nicht bewußt gewesen. Sie erzogen unser Volk nicht, und ein nichterzogenes Volk muß untergehen. Dann kam der Weltkrieg. Nachdem viel Gut und Blut vertan war, wurde ich berufen, an der Seite des Herrn Generalfeldmarschalls Hindenburg den Krieg zu führen mit einer Wacht, die ich schon im Frieden für ungenügend gehalten hatte. Ich verlangte, daß jeder Deutsche seine Pflicht tue, in der Heimat sowohl wie im Felde, und so kam das Pflichtengesetz. Das Volk aber wurde wiederum nicht aufgeklärt. Es wandte sich gegen mich, der ich für seinen Ruhm kämpfte, weil ich mehr von ihm verlangte, als jemals von ihm verlangt worden war, weil ich vom Volke forderte, daß für seine Zukunft und seine Ehre kein Opfer zu groß sein dürfte. Wieder waren die verantwortlichen Stellen ihrer Aufgabe nicht gewachsen.

Das Unglück kam. Jeder Deutsche hätte jetzt die höchste Pflicht gehabt, seinem Vaterland zu dienen. Aber nur in der völkischen Bewegung gab es Männer, die dazu bereit und geeignet waren. Wenn die völkische Bewegung in Deutschland sich nicht durchsetzt, sind wir verloren für ewige Zeiten; denn vor uns steht ein Versailles und droht eine Verfallung an Frankreich. Wir werden ausgedrückt aus der Reihe der Nationen. Hören Sie diesen Schrei der deutschen Seele nach Freiheit!

Rudolf sprach Hitler, der sich ausließ über verschiedene Revolutionen, wie den Staatsstreich des Kemal Pascha, Mussolinis Operationen, den Verfassungskonflikt Bismarcks 1862/63, die alle hinterher legalisiert worden sind durch die günstigen und für den Staat sehr nützlichen Folgen, die sie nach sich zogen. Ganz anders stehe es mit der Revolution von 1918, für die keine Notwendigkeit vorgelegen (im Gegensatz zu den anderen Revolutionen) und die schlimmen Folgen seitete. Die Ehre der Nation sei zerbrochen: es gebe keine wahre Autorität mehr. Nach den alten Autoritäten aber, die keine Palanette zu ihrem Schutze brauchten und sich von selbst verstanden, schaute sich das ganze Volk.

Zeitschrift für Ludendorff.

Zustitzrat Jeschitzki führte in seinem Plädoyer für Ludendorff etwa folgendes aus: Man hat in den letzten Wochen manch verzerrtes Bild des Prozesses gesehen.

Über erfreulich ist es doch, daß die Bayern ja stark für den „Preußen Ludendorff“ eingetreten sind. Es läßt sich ja nicht leugnen, daß gewisse Widersprüche gegen Preußen bei ernsthaften Männern trotz 1870 und 1914 vorhanden sind. Wenn dieser Prozeß in dieser Richtung etwas mehr Heftigkeit verbreitet, so wird das ein Segen sein. Man hat General Ludendorff auch in der Anklage vorgeworfen, er habe Außerungen getan, die für das Haus Wittelsbach verheerend sein müßten. Wenn General Ludendorff auf den Gedanken kam, den Kaiserhof des Hauses hinauszuziehen, so ist das nur der Unachtsamkeit einiger Offiziersverbände zu verdanken. Ich weiß am besten, daß die vermeintlichen Zusammenhänge nicht bestehen.

Schon lange ist weiter der Wortwurf gegen General Ludendorff aufgetaucht, „das ist der Preuze, der Protestant der für die bairischen Belange kein Verständnis hat“. Das ist jedoch nicht der gesunde Teil der Bayern, der so spricht. Ludendorff hat nie die Katholiken hinter die Protestanten gestellt. Ich bemühe mich, möglichst wenig Staub aufzuwirbeln. Mir liegt aber ein katolisches Wochenblatt vor, in dem geübelt wird über die Zertrümmerung der Götzen in Deutschland, darunter des preussischen Militarismus. General Ludendorff hatte Grund, so zu sprechen, wie er es tat.

Die Düsseldorf Herabsetzung Ludendorffs.

Eine Erklärung der Deutschvölkischen Freiheitspartei.

Nach Zeitungsmeldungen hat die Stadtverordnetenversammlung von Düsseldorf auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen, Eggenberg Ludendorff das Bürgerrecht der Stadt Düsseldorf abzuschaffen und die mit seinem Namen verbundenen Straßenbezeichnungen abzuändern. Die Deutschvölkische Freiheitspartei wendet sich hiergegen in einer Erklärung, in der es heißt:

Wir sehen in dem Vorgehen Düsseldorf eine bewußte Beeinträchtigung des Münchener Volksgerichts. Wir sind uns einig mit allen anständigen Deutschen darin, daß die Unverfrorenheit der Düsseldorf Sozialdemokraten einen Sturm der Entrüstung in ganz Deutschland wachrufen wird. Eggenberg Ludendorff, Deutschlands heldenhaftester Führer im Kriege, in dem wir den Führer der völkischen Freiheitsbewegung erblicken, wird durch diese erbärmliche Kleinlichkeit nicht berührt, geht doch die Schmähung seines Namens von Seiten aus die durch den Verrat vom 9. November 1918 es längst betört haben, als Deutsche zu gehen. Es wird der Tag kommen, an dem es sich jede deutsche Stadt zur Ehre anrechnen wird, den Namen Ludendorff in ihren Straßenbezeichnungen vereinigt zu setzen. Dann wird Düsseldorf gebrandmarkt dastehen, als ein Denkmal sozialistischer Schande. Erbittert wurde in der Düsseldorf Stadtverordnetenversammlung die Annahme des sozialdemokratischen Antrages nur dadurch, daß sich das Zentrum der Stimme enthielt.

Völkisch ist, wie die „D. N. N.“ zu melden wissen, aus der Aussprache bemerkenswert, daß der Redner der Deutschvölkischen Partei den Völkischen Ludendorff fallen ließ, weil er durch den Novemberputsch den völkischen Auffassung des nationalen Gedankens auf schwerste geschädigt habe, und daß er ferner die Angriffe Ludendorffs gegen das Zentrum und den Katholizismus bedauerte.

Die Verteidigung im Zeignerprozeß.

Am Mittwoch beannten, wie schon gestern mitgeteilt, die Plädoyer der Verteidiger. Rechtsanw. Schramm führte weiter aus, daß Zeigner im Fall Trommer doch nicht den Eindruck eines Schwindlers mache, sondern eher den eines völkischen und menschlichen Malbus und Schwärmers. Wenn er wirklich habe Geschäfte machen wollen, so hätte er doch nie solche Verteilungen von Möbius anzunehmen brauchen, sondern in der Stille seines Arbeitszimmers viel bessere Gelegenheiten dazu gehabt: Zeigner habe nur nicht gewagt, den Möbius abzuschüttern. In keinem Falle aber lasse sich eine tatsächliche Verschmelzung von der Beamtenstellung Zeigners mit seinem privaten Vorteil nachweisen. Daher sei ein Todfeind Zeigners und habe immer den Möbius und die Friedrichsen in der Hand zu halten gesucht, um sie im gegebenen Augenblick gegen ihn zu verwenden.

Am Donnerstag

nahm die Verteidigung ihren Fortgang. Rechtsanw. Marschners Plädoyer wich nicht viel von dem des anderen Verteidigers ab. Er kam auch zu dem Resultat, daß Zeigner Fehler gemacht habe, aber doch nicht Verbrecher sei im Sinne der Anklage.

In der Nachmittagsitzung erhielt Rechtsanw. Tschö. Pl., der Verteidiger des Möbius, das Wort zu seinem